

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 19.10.2022

Ort: in der Stadthalle

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Gabriel Dörr

Herr Peter Fichter

Herr Axel Heinzmann

Frau Kirsten Heinzmann

Frau Hedwig König

Herr Kai Noel

Frau Beate Rodgers

Herr Dirk Schmider

Herr Marc Winzer

Herr Ernst Laufer

Herr Vincenzo Sergio

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Herr Hansjörg Staiger

Frau Karola Erchinger

Herr Hans-Peter Rieckmann

Herr Fritz Weißer

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

ab 18.20 Uhr

Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Frau Selina Wagner
Frau Rania Rieger
Herr Hartmut Breithaupt
Herr Franz Günter
Herr Joachim Kieninger
Herr Klaus Lauble

Jugendgemeinderat
Jugendgemeinderat
Ortsvorsteher Langenschiltach
Ortsvorsteher Oberkirnach
Vertreter des Stockwalds
Ortsvorsteher Peterzell

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann
Herr Giovanni Costantino
Frau Victoria Dillmann
Herr Markus Esterle
Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Constantin Papst

entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 06.10.2022 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

Bürgermeister Rieger wünscht Stadtrat Winzer viel Erfolg bei der anstehenden Bürgermeisterwahl in Hornberg, bei der sich Herr Winzer zur Wahl stellt.

2 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 12.10.2022

Protokoll:

In der letzten nicht öffentlichen Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

3 Stadtwald

- a) Vollzug 2021, Stand 2022 und Planung 2023**
- b) Sachstand Forsteinrichtung**
- c) Waldumbau im Zuge des Klimawandels**
- d) Sachstand Naturdenkmal Schillertanne**

Vorlage: 129/22

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Jäger vom Forstamt Donaueschingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) sowie den Revierleiter, Herrn Leser.

Herr Jäger stellt sich dem Gremium vor. Seine Aufgaben beim Forstamt liegen im Bereich Jagd und er vertrete Herrn Dr. Dinkelaker. Seit zehn Jahren sei er beim Forstamt tätig und seit Juni habe er das Sachgebiet Forsttechnische Betriebsleitung übernommen.

Heute gehe es um die Forsteinrichtung für die Jahre 2023 bis 2032. Dabei gehe es um eine Art Inventur und periodische Betriebsplanung. Für diese Planung erfolge eine Überprüfung und Aktualisierung der Waldflächen. Ein Vorbericht werde erstellt und die Ziele der Eigentümer (in dem Fall St. Georgen) festgelegt. Dies sei bereits durch den Gemeinderat geschehen. Bis zum Herbst dieses Jahres müssten nun noch die Planungsbegehänge mit dem Forsteinrichter und dem Revierleiter erfolgen. Diese beinhalten die Aktualisierung der Flächeninformationen sowie die Neuausrichtung der waldbaulichen Zielsetzung. Der Hiebsatz werde neu festgelegt und ein natürlicher und finanzieller Rahmen für alle anstehenden forstlichen Betriebsarbeiten gesteckt. Mit der Auswertung könne in Kürze begonnen werden.

Anhand einer Grafik zeigt er den Waldumbau im Zuge des Klimawandels auf. Lediglich 45 % des Einschlags im Jahr 2022 seien planmäßig erfolgt.

Der Rest aufgrund Käfer- und Sturmschäden. Deutlich erkennbar sei, dass der Insektenschaden in den letzten Jahren enorm zugenommen habe. Je nach dem müsse damit kalkuliert werden, dass dies das neue Normal werde. Auch deshalb sei ein Ziel der Forstwirtschaft, die Pflanzung von Laubholz um 4 % anzuheben. In St. Georgen sei die Baumartenverteilung allerdings schon recht gut.

Revierleiter Leser erläutert die Vollzüge für die Jahre 2021 und 2022 sowie die Planung für 2023.

Im Jahr 2021 wurden 5.641 Erntefestmeter eingeschlagen. Damit konnte ein Erlös in Höhe von ca. 501.000 Euro erzielt werden. Mit Förderung und Ausgaben in Höhe von ca. 268.000 Euro ergebe sich somit ein Erlös pro ha Holzboden ohne Gemeinkosten in Höhe von 515,22 Euro. Im Gesamtergebnis konnte mit Einnahmen in Höhe von ca. 562.000 Euro und Ausgaben in Höhe von ca. 268.000 Euro ein Ergebnis in Höhe von 293.678,11 Euro erwirtschaftet werden.

Bis Oktober 2022 sei ein Einschlag von 3.000 Erntefestmetern mit einem Erlös in Höhe von 160.000 Euro erfolgt. Die Ausgaben lägen bei 110.000 Euro, was einen Durchschnittserlös von 92,51 Euro ergebe.

Die Holzpreisentwicklung zeige einen Höchststand von 125 Euro im Oktober 2021 bis heute von 104 Euro. Er hoffe, dass der Holzpreis stabil bleibe, um ein ordentliches Ergebnis zu erreichen.

Pro Jahr würden ca. zehn bis zwölf Festmeter/ha nachwachsen. Mit diesem Ergebnis zeigt sich Herr Leser zufrieden.

Für das Jahr 2023 werde ein Einschlag von 5.500 Erntefestmeter geplant. Durch die erhöhte Pflanzung von Laubholz würden Freiflächen benötigt.

Daher werde ein etwas höherer Einschlag erfolgen.

Weiter seien für 2023 Kulturpflanzungen sowie Jungbestandspflege vorgesehen. Dieses Jahr wurden bereits acht bis zehn ha Jungbestand gepflegt.

Wegen der Trockenheit werde auf die Wertästung verzichtet.

Aufgrund der Einnahmen und Ausgaben könne ein Ergebnis von ca. 135.000 Euro geplant werden.

Stadträtin Erchinger fragt an, welche Laubbäume gepflanzt werden sollen und wer die dicken Stämme, die für die neuen Laubbäume gefällt werden müssten, abnehme. Weiter fragt sie an, wie es sich mit der Holzernte verhalte, wenn eine Baumdurchmischung erfolge und ob diese schwieriger und teurer werde.

Herr Leser antwortet, vor allem Eichen, Ulmen und Buchen sollten gepflanzt werden. Die Buche mache ihm extreme Sorgen, da sie sehr viel Laub in den äußeren Ästen verloren habe. Dies zeige, dass der Wassertransport in die Krone schwierig sei. Von der Eiche erhoffe er sich deutlich mehr.

Die starken Äste würden von einer Firma aus dem Arlberg abgenommen. Auch letztes Jahr sei viel Holz dorthin gegangen. Es sei ein großes Glück, dass diese Firma die starken Klötze benötige.

Die Holzernte werde sich sicher schwieriger darstellen. Wie sich die Erträge darstellen, könne nicht vorhergesagt werden. Es handle sich um gutes Energieholz und damit könne Geld verdient werden.

Stadtrat Freischlader zeigt sich mit dem Ergebnis zufrieden. Mit der Walddurchmischung müsse aufgepasst werden. Es gehe darum, überhaupt Wald zu haben. Wenn der Erlös über 200.000 Euro sei, dann sei es interessant für die Waldeigentümer. Die Eichen würden aber nicht in 70 Jahren zur Ernte anstehen. Aber sie schützen vor den Käfern und würden nicht vom Reh angefressen.

Stadträtin Heinzmann erkundigt sich, ob Feuchtbiotope geplant seien, eventuell auch ein Stück Bannwald. Weiter erkundigt sie sich, ob es bei der Holzernte keine Schonzeit gebe.

Herr Jager führt aus, Feuchtbiotope würden viel für Ökopunkte bringen. Mit wenig Aufwand könnten Punkte angesammelt werden. Allerdings sei das Anlegen auch mit Kosten verbunden. Im Bereich Kienmoos laufe eine Maßnahme. Für einen Bannwald benötige man viel Platz. Für Kleinflächen sei die Ökomaßnahme nicht sehr geeignet. Bei 560 ha Wald könne er dies nicht empfehlen. Es gebe aber andere Maßnahmen für die Symbiose Ökologie und Ökonomie, z.B. durch Pflanzungen.

Der Einschlag dürfe das ganze Jahr erfolgen. Allerdings sei der Forst angehalten, zu schauen, dass kein Tier zu Schaden komme. Forstarbeiten im Winter reichen mittlerweile nicht mehr aus.

Bürgermeister Rieger erwähnt, ein Überschuss im Wald von 128.000 Euro bedeute so viel wie Gewerbesteuererinnahmen von 500.000 Euro.

Stadtrat Fichter erkundigt sich nach dem Rotwild, das anscheinend in deutschen Wäldern überhand nehme. Als Waldbesitzer müsse man bezüglich der Jagd darauf Einfluss haben.

Herr Jager führt aus, im gesamten Schwarzwald-Baar-Kreis gebe es kein Rotwild. Hier komme am häufigsten Rehwild vor. Die Waldbesitzer haben großen Einfluss auf die Bejagungsintensität.

Herr Leser erklärt, egal wo in St. Georgener Wäldern geschaut werde, überall gebe es Flächen mit großen Verbisschäden. Die Jagdbögen seien viel zu groß. Es müsse dringend versucht werden, die Jagden zu verkleinern und ein roulierendes System einzuführen.

Stadträtin Rodgers fragt an, was sich hinter dem Posten „Erholungsvorsorge“ verberge.

Herr Leser erwähnt, dies beinhalte die Kosten für die Unterhaltung des Grillplatzes im Stockwald. Dieser wurde mit vielen Helfern hergerichtet. Er dankt den vielen Ehrenamtlichen, ohne die das Projekt nicht hätte gestemmt werden können. Seitens der Nutzer werde diese Aktion sehr geschätzt.

Stadtrat Wentz bedankt sich für die Ausführungen. Es sei schön zu erleben, dass Herr Leser den Stadtwald so bewirtschaftete, als sei es sein eigener. Er hoffe auch auf einen stabilen Holzpreis. Allerdings wolle er das Nadelholz nicht außer Acht lassen. Für die Möbelindustrie sei dies sehr wichtig.

tig. Wichtig sei, dass sich der Wald breit aufstelle. Er habe die Hoffnung, dass Fichten sich dem Klima anpassen.

Stadtrat Rieckmann sieht die Durchmischung rein spekulativ. Eine breite Aufstellung sei sicher von Vorteil. Er fragt, wie viel Hackschnitzel aus dem eigenen Wald umgesetzt würden und ob noch mehr generiert werden könne, z.B. für den Verbrauch in der eigenen Gemeinde.

Herr Leser führt aus, die letzten fünf Jahre habe es immer Holz für Hackschnitzel gegeben. Der Markt sei jedoch extrem schwankend. Ca. 7 % des Einschlags könnten ohne Probleme für Hackschnitzel bereitgestellt werden.

Bürgermeister Rieger berichtet zur Schillertanne. Diese wurde mit dem Gemeinderat besichtigt. Ein Gutachten sei in Auftrag gegeben, da der Verdacht bestehe, der Baum sei nicht mehr sicher. Am 19.09.22 sei eine Nachricht eingegangen, dass keine höhere Gefahr von der Schillertanne ausgehe. Es bestehe keine Notwendigkeit zur Fällung. Dies sei eine erste Einschätzung. Das Ergebnis des Gutachtens müsse noch abgewartet werden, dann solle eine Entscheidung getroffen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt den vorgelegten Vollzug 2021 und den Plan 2023 für den Stadtwald gemäß § 51 Landeswaldgesetz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

4 Sozialberichterstattung des Kreises, die Rolle des Landratsamtes als Kooperationspartner im Roten Löwen

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Stach und Hauser vom Landratsamt. Für den Roten Löwen bekomme die Stadt St. Georgen 55 % Förderung. Dafür müsse das Haus ein soziales Konzept verfolgen.

Herr Stach geht auf die aktuelle Situation und die derzeitige Lage ein. Es seien bewegte Zeiten. Einer der Gründe sei der demografische Wandel. Es sei bemerkbar, dass immer weniger Menschen das Bruttosozialprodukt erwirtschaften, was den Gesetzgeber vor eine große Herausforderung stelle. Es müssten viele Versorgungsleistungen in Familien geleistet werden. In den Familien fehle die notwendige Unterstützung. Immer mehr Einzelpersonen und hohe Scheidungsraten verstärkten das Problem. Die Bedarfslagen würden im komplexen. Beratung und Betreuung im familiären

Bereich, bei Kindern und Jugendlichen würden immer häufiger. Die Problemlagen von einzelnen Personen könnten von Institutionen nicht mehr gelöst werden. Mehr Kooperationen würden notwendig. Corona und der Ukrainekrieg seien nicht die Ursache, aber Beschleuniger der Problematiken. An allen Ecken und Enden fehle es an Fachkräften. Die gesetzlichen Ansprüche könnten schwer erfüllt werden. Hier stelle sich die Frage, wie gemeinsam mit den Kommunen Sicherungsaufträge erfüllt werden könnten. Bei dieser Suche sei die Sozialraumorientierung entstanden. Es gehe darum, einen Raum (in diesem Fall St. Georgen) stärker aufzustellen. Es müsse geschaut werden, was es bereits vor Ort gebe, was schon geleistet werde und was die Probleme vor Ort seien. Meistens bestehe bereits eine Basis des Vertrauens und Kennens. Es gehe darum, die Strukturen zusammenzubringen. Zahlen würden auf Landkreisebene erhoben und ergänzen den Sozialbericht. Allerdings seien die Zahlen nicht sehr aussagekräftig, denn es gehe darum, wie es in St. Georgen aussehe. So müsse die Sozialberichterstattung auf örtlicher Ebene erfolgen. Die gewünschten Daten müssten erhoben werden und die Schlussfolgerungen ergäben die Diskussionsgrundlage. Es gelte, Bürgermeisteramt, Schulen, Kindergärten, Vereinsleben und Institutionen zusammenzuführen. St. Georgen sei für diese Aufgabe bestens gerüstet, weil es schon viele Tätigkeitsfelder gebe und St. Georgen in dem sozialen Bereich sehr gut aufgestellt sei. Dies müsse weiter verstärkt und entwickelt werden.

Herr Hauser teilt mit, es gehe um einen Plan für die nächsten fünf bis zehn Jahre für die Wahrung der sozialen Sicherung. Das Landratsamt stelle den Ansprechpartner für die Kommunen. St. Georgen sei im Jugendbereich sehr vorbildlich unterwegs. Der Rote Löwe sei ein Vorzeigeprojekt und erhalte zu Recht die hohe Förderung. Es werde ein Haus der Mehrgenerationenbegegnung. Beim Kreis wurde seitens der Stadtverwaltung angefragt, ob und wie sich der Kreis einbringen könne. Dies werde sehr gerne getan. Mit dem Roten Löwen solle dies noch intensiver in Form einer Außenberatung erfolgen. Es sei geplant, zu den üblichen Öffnungszeiten einen Berater vor Ort zu bieten. St. Georgen sei auf einem guten Weg und er freue sich auf die Zusammenarbeit.

Stadtrat Freischlader fragt, wie man sich das vorstellen müsse und ob immer jemand, roulierend in den Ämtern, vor Ort wäre.

Herr Stach sieht das noch als Herausforderung. In Abstimmung mit den Behörden müssten Stellenanteile herausgenommen werden. Die Personen müssten fachübergreifend tätig sein. Es müsse ein neues Ansprechteam entstehen. Manche Fragen könnten sicherlich nicht gleich beantwortet werden. Mit der Zeit müsse Ziel sein, eine Stelle, die fachübergreifende Antworten geben könne, einzurichten.

Stadträtin Erchinger fragt an, welche Bereiche abgedeckt werden sollen.

Herr Stach erklärt, idealerweise alle benötigten Bereiche über Jobcenter, Jugendamt, Eingliederungshilfe, Pflege usw. Hier müsse man für die Umsetzung noch kreativ sein.

Stadtrat Winzer ist der Meinung, dies höre sich nach einem attraktiven Konzept an. Wenn es wie geplant funktioniere, gebe es eine große Stütze für die Bürger in St. Georgen.

Bürgermeister Rieger erklärt, man müsse der Sache Zeit geben, aber dann könne auch etwas Gutes herauskommen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von dem Vortrag.

**5 Kindheit und Jugend in St. Georgen / Vorstellung der aktuellen Entwicklungsprozesse im Rahmen des Projektes „Jung sein in der Kommune“
Vorlage: 145/22**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger zieht aus thematischer Sicht diesen Tagesordnungspunkt vor.

Herr Esterle zeigt die kommunale Entwicklung in den Zukunftsfeldern Bildung und Erziehung in St. Georgen auf. Es bestehe bereits sehr viel in St. Georgen. So arbeiten Schulen, die kommunale Jugendarbeit, Kindergärten und WIRkstatt bereits zusammen. Viele Projekte seien bereits entstanden und würden vom Landkreis, dem Caritasverband, der Ökumenischen Schülerhilfe, der Switch GbR und dem Diakonischen Werk unterstützt. Das Team Jugendhilfe wurde gebildet.

Bildungskonferenz, Schulsozialarbeit, Neuorientierung der kommunalen Jugendarbeit, Jugendgemeinderat, die Planungsgruppe Roter Löwen für das Jugendhaus, die Jugendhilfeplanung in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt sowie das Projekt KOMPASS seien die Punkte gewesen, die bereits angestoßen wurden.

Dann sei das Projekt PJuK „Jung sein in der Kommune“ vorgestellt worden. Ziel des Projekts sei, eine Struktur der Bildungs- und Jugendhilfandschaft zu entwickeln mit den Schwerpunkten Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Das Ergebnis dieses Projekts finde Niederschlag in den Prozessen der Jugendhilfeplanung im Landratsamt. Es wurde eine Projektsteuerungsgruppe, bestehend aus Stadtverwaltung (Amtsleitung Ordnung, Bildung & Soziales, der Leiterin der WIRkstatt, der Leiterin des Kinder- und Jugendbüros und dem Jugendgemeinderat) sowie den Schulen und dem Landkreis und dem Freien Träger (Switch) gegründet. Schwerpunkte seien die Sozialraumorientierung (Jugendhilfeplanung), die Neuorientierung der kommunalen Jugendarbeit sowie die inhaltliche Entwicklung im Roten Löwen. Aufbauend auf den bestehenden Strukturen stehe künftig eine „Kommunale Fachgruppe Kindheit und Jugend in St. Georgen“ als Bündelungs- und Steuerungsgremium zur Verfügung, die den Prozess kontinuierlich weiter-

entwickele. Die Ergebnisse können dem Gemeinderat jährlich berichtet werden. Für die Entscheidungsträger des Landratsamtes bestehe eine kontinuierliche Unterstützung der sozialräumlichen Prozesse, die das Projekt anrege und weitertrage.

Frau Bensmail stellt ihre Arbeit im Jugendhaus und in dem Projekt PJuK vor. Schwerpunkte ihrer Arbeit seien die Ferienangebote, mit Durchführung des Programms in allen Schulferien, die offene Kinder- und Jugendarbeit im Jugendhaus für die Zielgruppen Kinder 6 – 12 Jahre und Jugendliche ab 13 Jahre sowie die Mitwirkung bei kommunalen Beteiligungsprozessen und dem Jugendgemeinderat.

Es würden Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen, z.B. im Bereich des Roten Löwen. Außerdem solle das ehrenamtliche Engagement und die Beteiligung junger Menschen am Tagesablauf im Jugendhaus gefördert werden.

Zur Zeit absolviere sie eine Weiterbildung zur Moderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse.

Stadträtin Erchinger fragt an, wie viele Jugendliche Frau Bensmail aktuell in St. Georgen erreiche.

Frau Bensmail erklärt, im Jugendhaus seien bis zu 40 Jugendliche pro Abend. Im Jugendgemeinderat seien viele Schichten vertreten, so dass hier eine gute Möglichkeit bestehe, alle gut zusammenzubringen.

Stadtrat Freischlader spricht von einer guten Öffentlichkeitsarbeit des Jugendhauses. Unterstützt werden sollen Kinder und Jugendliche mit Problemen. Er fragt, von wie viel Kindern hier gesprochen würde.

Herr Esterle erklärt, die Zahlen lägen vor. Für heute würde dies den Rahmen sprengen. Es sei ein sehr umfangreiches Thema.

Stadtrat Winzer weiß, dass die Plätze bei den Ferienprogrammen immer sehr schnell vergeben seien und fragt an, ob die Teilnehmerzahl erhöht werden könne. Weiter erkundigt er sich, wie die Schulthementage ablaufen.

Frau Bensmail erklärt, es gebe ca. 20 bis 30 Plätze beim Ferienprogramm. Mehr könne sie derzeit nicht anbieten. Aber es bestehe die Möglichkeit, das Team zu erweitern, um so mehr Plätze anbieten zu können. Daran werde gearbeitet.

Herr Esterle erklärt, über die Zentrale Vormerkung werde dann eine Anmeldung möglich sein.

Frau Bensmail führt aus, die Schulthementage wurden in den Schulalltag durch die Gemeinschaftskundelehrer eingebaut. Mit Arbeitsblättern wurde informiert und diskutiert. Hierbei sei auch auf die Wahl des Jugendgemeinderats aufmerksam gemacht worden.

Stadträtin Erchinger fragt an, ob alle Schulen beteiligt waren, was von Frau Bensmail bejaht wird.

Bürgermeister Rieger verweist auf das ISEK, in dem der Bereich Kinder und Jugendliche mit Beteiligung usw. als Schlüsselprojekt 9 aufgeführt sei. Das Projekt PJuK werde zu 100 % gefördert.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Abschlussbericht des Projektes „Jung sein in der Kommune“ und über die Entwicklungen in der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit.

6 Sachstandsbericht Roter Löwe, Weiterentwicklung des Konzeptes und Vorschläge zur Belegung und Nutzungsordnung Vorlage: 144/22

Protokoll:

Herr Esterle berichtet vom Stadtentwicklungsprozess im Jahr 2015 mit offenen und intensiven Bürgerdialog. Verschieden Arbeitsgruppen hätten Ideen und Vorschläge eingebracht und Ziele formuliert. So wurde 2017 das Stadtentwicklungskonzept (ISEK) im Gemeinderat verabschiedet. Im Jahr 2018 wurde der Antrag zur Aufnahme des Roten Löwen in den Bund-Länder-Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ gestellt. Aus dem Roten Löwen solle ein offenes Haus für alle Generationen, Nationen und Religionen entstehen. Er solle ein Ort der Begegnung, Kommunikation, Vernetzung und Integration werden. Im Roten Löwen solle eine Plattform für bürgerschaftliches Engagement entstehen. Es solle niederschwellige Angebote in den Bereichen Freizeit, Kreativität, Kultur und Bildung geben.

Frau Musacchio-Torzilli, Leiterin der WIRKstatt, führt aus, wie der Rote Löwen – ein Bürgerzentrum – gefüllt werden solle. Sie erläutert dem Gemeinderat die Themenschwerpunkte Begegnung, Beratung, Bildung/Erziehung/Förderung, Partizipation und Betreuung. In diese Schwerpunkte fallen sämtliche Projekte, wie Elterngruppen, Zwergenstüble, Ferienprogramm, Kooperationen mit Tagesmüttern, Begegnungsgruppen Demenz und Senioren sowie verschiedene Gruppenarbeiten. Städtische Mitarbeiter, wie der Integrationsmanager, sollten ihren Platz im Roten Löwen haben. Ebenso das Kinder- und Jugendbüro und der Jugendgemeinderat. Auch die Behindertenbeauftragte und evtl. die noch zu bildende Stelle eines Seniorenbeauftragten sowie das Landratsamt mit seinen Themenfeldern bekämen Raum im Roten Löwen. Weitere Ideen seien eine Sprachstammtisch, Jugendbands, Musikschule, Ausstellungen, Kino am Nachmittag, Erzählcafes, Tanzcafes usw. In Zusammenarbeit mit der VHS können Bildungsangebote sowie Infoveranstaltungen stattfinden.

Herr Esterle erklärt, es müsse eine Nutzungsordnung aufgestellt werden. Hier solle der Gemeinderat seine Wünsche einbringen. Mit aufgenommen werden müsse ein Rauchverbot im ganzen Haus, ebenso wie ein Alkoholverbot. Gelegentlich könne über eine Schankerlaubnis ein Alkoholverkauf erfolgen. Es würden keine Anmietungen für private Anlässe zugelassen.

Stadtrat Freischlader teilt mit, trotz anfänglicher Schwierigkeiten, die er mit dem Projekt Roter Löwen hatte, sei nun eine tolle Sache daraus geworden. Als Gesamtkonzept sei es wirklich gut. Er dankt allen Beteiligten. Kritisch sehe er das Verbot für private Anlässe. Dies solle überdacht werden. Eventuell mit Begrenzungen. Es solle keine Konkurrenz zur Gastronomie entstehen. Eine Hochzeit in St. Georgen mit mehreren Personen zu feiern, sei allerdings schwierig. Hier würde sich der Rote Löwen anbieten. Er könne sich vorstellen wie vorgeschlagen, zu starten, aber eine Nutzung nicht für alle Zeiten zu verbieten.

Stadträtin König sieht das auch so. Für private Anlässe müsse dann aber noch die Ausstattung angepasst werden.

Bürgermeister Rieger erklärt, es werden viele Veranstaltungen stattfinden. Es werde aber auch keine Konkurrenz geben. Sollte z.B. Tanz angeboten werden, müsse ein anderer Boden gelegt werden, der aber nicht zum Gesamtbild passe. Es werde nicht alles abgedeckt werden können. Zudem müsse das Catering aus St. Georgen kommen. Es müsse gut überlegt werden, was dem Haus gut tue.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung eine Nutzungsvereinbarung für den Roten Löwen zu erstellen und die Planungen der Belegung fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

7 Ergebnisvorstellung aus dem Planungswettbewerb zum Neubau eines Gemeindehauses im Ortsteil Peterzell Vorlage: 142/22

Protokoll:

Bürgermeister Rieger zieht den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen vor begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Schünke von der Kirchengemeinde Peterzell sowie die Architektin Frau Kaiser.

Herr Schünke erläutert den Sachverhalt um die Planung zum Neubau eines Gemeindehauses in Peterzell. Das bisherige Gemeindehaus war laut

Landeskirche zu groß. Die Gemeinden wurden angehalten, Flächen einzusparen. So entstand die Idee eines Neubaus. Das alte Gemeindehaus wurde verkauft und die Gemeinde bezog die Räumlichkeiten in der ehemaligen Volksbank. Dann sei Corona gekommen und auch der Rückgang der Einnahmen bei der Kirche veranlassten diese, alle Projekte zu stoppen. In vielen Gesprächen mit der Landeskirche konnte nun doch noch erreicht werden, dass der Neubau genehmigt wurde. Dies auch aufgrund der engagierten Gemeinde- und Jugendarbeit. Ein Architektenwettbewerb wurde ausgeschrieben mit den Vorgaben, ein Gemeindehaus in behutsamen Umgang mit der Natur und dem Ortsbild zu planen. Die Kirche sei ein markanter Punkt in Peterzell und solle von dem Gemeindehaus nicht reduziert werden. Wichtig sei, dass es ein offenes Haus werde, in dem auch ein Kaffee stattfinden können. Drei Planungen seien eingereicht worden. Am 30.06.22 habe der Jurytag mit 20 Mitgliedern stattgefunden. Die Entwürfe wurden anonym vorgestellt. Heute könne die Architektin ihren Entwurf zeigen.

Frau Kaiser, Architektin aus Stuttgart, stellt sich vor. Sie komme aus Villingen-Schwenningen und sei daher mit der Gegend und der Topografie vertraut. Sie zeigt anhand einer Präsentation den Entwurf des Gemeindehauses mit Pfarrbüro. Ca. 200 qm, eingeschossig und ohne Keller stellt sie das Gebäude, das eine Holzfassade und eine Photovoltaikanlage erhalte, vor. Der größte Raum sei der Saal, der einen erhöhten Kubus im Dachbereich erhalte. Die Räumlichkeiten seien durch verschiebbare Trennwände verwandelbar. Eine Terrasse sei geplant und zwei Stellplätze vor dem Gebäude. Die restlichen Stellplätze werden auf dem gegenüberliegenden Friedhofsparkplatz erweitert.

Stadträtin Erchinger fragt an, ob die Photovoltaikanlage ausreiche und wenn nicht, wie das Gebäude beheizt werde.

Frau Kaiser erklärt, das Energiekonzept stehe noch nicht.

Ortsvorsteher Lauble erklärt, er sei beim Jurytag dabei gewesen. Der Standort sei gut und das Gebäude integriere sich. Erfreulich sei, dass es nicht nur ein Gebäude für die Gemeinde, sondern für den ganzen Ort werden solle. Auch der Ortschaftsrat sei von dem Siegerentwurf begeistert. Er sei froh, dass das Vorhaben umgesetzt werden könne. Die Stellplatzerweiterung sei kein Problem in dem Bereich des Parkplatzes. Wichtig sei, dass alle Gruppen der Gemeinde auch wieder untergebracht würden.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, bisher handle es sich beim Baugrundstück um eine grüne Wiese, auch im Flächennutzungsplan. Die ökologischen Untersuchungen hätten bereits stattgefunden. Mit der Kirche gebe es einen Vertrag, die Kosten für die Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanänderungen trage zu 100 % die Kirche. Es gelte nun, Baurecht zu schaffen. Ein Büro werde hier unterstützen.

Beschluss:

Der Gemeinderat begrüßt den Siegerentwurf aus dem Planungswettbewerb und beauftragt die Verwaltung, das notwendige Planungsrecht hierfür zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

8 Brücke an der Mühle: Änderung des Gründungsverfahrens von Stützscheiben zu einer Bohrpfahlwand
Vorlage: 140/22

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erklärt, seit sechs Jahren beschäftige sich die Verwaltung mit der Brücke in Stockburg. Er nennt es eine Geschichte mit Fass ohne Boden. Die Brücke sei für Mensch und Tier äußerst wichtig und müsse wieder hergestellt werden. Es sei kaum zu glauben, dass ein so kleines Projekt so kompliziert sei. Die Bahn habe immer wieder Bedenken und Einsprüche gegen die Planungen gehabt. Heute, nach sechs Jahren, werde dem Gemeinderat wieder der erste Vorschlag vorgelegt.

Herr Bisswurm, Tiefbauamtsleiter, erläutert dem Gremium die Vorlage und zeigt anhand von Plänen auf, wie die Brücke künftig aufgebaut sein solle. Ein hinzugezogener Prüfstatiker habe festgestellt, dass die ursprünglich vorgesehene Bahndammsicherung mittels Stützscheiben erhebliche Risiken mit sich bringe. Es sei nun vorgesehen, dass die als allererste Maßnahme angedachte Bohrpfahlwandlösung vorangetrieben werde.

Bürgermeister Rieger führt aus, mit dieser Lösung werde die Bahn nicht tangiert und das sei auch gut so. Die Bahn wolle die Brücke nicht und daher sei enorm Zeit verloren gegangen. 57,5 % der Kosten trage der Dreierbund Bahn/Land/Bund.

Stadtrat Laufer, Anlieger der Brücke, erklärt, es gehe um einen öffentlichen Weg über eine Brücke, der vor der Bahn Bestand gehabt habe. Die Bahn sei ein äußerst schwieriger Verhandlungspartner und die Dauer der Maßnahme nennt er frustrierend. Bereits 2017 wurde der Vorschlag mit der Bohrpfahllösung eingebracht. Die Bahn habe diesen abgeschmettert. Jetzt rudere man wieder zurück. Er wäre äußerst glücklich, wenn diese Sache bald abgeschlossen wäre.

Herr Kieninger weist darauf hin, dass ein Kanal in dem Bereich verlaufe.

Herr Bisswurm erklärt, dies sei bekannt, den genauen Verlauf werde er aber nochmal prüfen lassen.

Stadtrat Weißer fragt an, ob der Bodenschichtaufbau durch Bohrungen festgestellt wurde.

Herr Bisswurm erwähnt, die Bodenschichten seien von Anfang durch Bodenbohrungen bekannt gewesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den neuen Sachstand zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die neue Gründungsvariante mit dem Büro Isenmann Ingenieure fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21
Ablehnung: ./.
Enthaltung: 1

**9 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen für die Maßnahme Entschlammung des Klosterweiher, Genehmigung gem. § 78 Abs. 4 GemO
Vorlage: 133/22**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erklärt, seit der letzten Sitzung im September seien ca. 7.000 Euro an Spenden für die Entschlammung des Klosterweiher eingegangen.

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 22
Ablehnung: ./.
Enthaltung: ./.

10 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

Stadtrat Heinzmann erkundigt sich, wann der Gemeinderat die Vorschläge zur Möblierung des Roten Löwen zu sehen bekomme.

Bürgermeister Rieger sagt die Vorstellung in der November-Sitzung zu.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 2. März 2023